

Landrat Dr. Achim Brötel
Präsident des Deutschen Landkreistags

Heimat gestalten. Zukunft sichern.

**Rede bei der Landkreisversammlung 2026
des Deutschen Landkreistags
(9. Juni 2026 in Berlin)**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung,
liebe Kolleginnen und Kollegen Landrätinnen und Landräte,
liebe Gäste aus den Ländern, Landkreisen, Städten, Gemeinden, Verbänden, der
Wirtschaft und der Medien,
liebe Kollegen aus unseren Schwesterverbänden in Polen und der Ukraine,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst und vor allem anderen vielen Dank für die berührenden Grußworte der bei-
den Kollegen aus dem polnischen und dem ukrainischen Landkreisverband und
Ihnen allen ein herzliches Willkommen zum zweiten und letzten Tag unserer Land-
kreisversammlung. Der kollegiale Austausch und das Miteinander kommt im ganz
normalen Wahnsinn des Alltagsgeschäfts ja leider oft genug zu kurz. Deshalb war es
uns wichtig, dieses Format zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder für alle zu öffnen.

Es geht aber vor allem auch um den Dialog zwischen denen, die vor Ort ganz konk-
ret Verantwortung tragen, und denen, die in der Politik dafür den Rahmen definieren.
Das, was *der eine* als Lebenswirklichkeit empfindet, muss nämlich nicht zwingend
auch mit der Wahrnehmung *des anderen* übereinstimmen. Wir müssen deshalb

lernen, wieder mehr *miteinander zu sprechen als übereinander zu reden*. Und so kurios es auch klingen mag: Das Schwierigste dabei ist meistens noch nicht einmal das *Sprechen* selbst, das Schwierigste ist vielmehr das *Zuhören*.

Dem französischen Schriftsteller André Malraux wird der Satz zugeschrieben: „In der Politik ist es manchmal wie in der Grammatik. Ein Fehler, den alle begehen, wird schließlich als Regel anerkannt“. Das ändert aber nichts daran, dass es trotzdem ein Fehler bleibt.

Wenn es *einen* Grundsatz gibt, der eigentlich allen einleuchten müsste, dann ist es doch der, dass sich die Ausgaben eines Staates nicht nur an den politischen Wünschen orientieren können, sondern vielmehr primär den Einnahmen folgen müssen. Jede und jeder von uns kann privat schließlich auch nur das ausgeben, was wir vorher eingenommen haben. Und: Was wir uns nicht leisten können, geht dann halt *nicht*.

Trotzdem verfährt insbesondere die Bundespolitik aber seit Jahr und Tag anders. Da wird aus dem großen und bunten Katalog schöner, sinnvoller und teilweise - das bestreitet ja gar niemand - auch durchaus wichtiger Dinge munter ausgewählt und bestellt, ohne aber auch nur einen einzigen Gedanken darauf zu verschwenden, wer das eigentlich bezahlen soll und vor allem mit was. Und: Die Rechnungen landen am Ende dann ganz oft bei uns. Das ist nichts anderes als eine Politik zu Lasten Dritter, nämlich zu Lasten unserer kommunalen Haushalte. Wer etwas verspricht, nimmt sich dadurch zugleich immer *selbst* in die Pflicht. Gegen diesen Grundsatz wird in unserem Land aber systematisch verstoßen. Damit muss endlich Schluss sein.

Wir können im Übrigen aber schon allein deshalb nicht länger der Zahlmeister der Nation sein, weil wir dazu gar nicht mehr in der Lage sind. Unsere finanziellen Ergebnisse sprechen Bände. Wenn wir in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zwei Jahre mit Rekorddefiziten der Städte, Gemeinden und Landkreise von jeweils rund 8 Milliarden Euro hatten, 2024 dort jetzt aber plötzlich drei Mal so viel und 2025 sogar fast vier Mal so viel steht wie im bisherigen Worst-Case-Fall, dann läuft da etwas ganz gewaltig aus dem Ruder.

5 vor 12 war gestern. Im Grunde ist es inzwischen nämlich längst schon 5 *nach* 12. Trotzdem ist es aber noch nicht zu spät, um das Ruder herumzureißen. „Verantwortung für Deutschland“. So ist der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode überschrieben. Ja, genau darum geht es. Verantwortung übernehmen. Verantwortung vor allem auch für eigenes politisches Handeln oder Unterlassen. Endlose Streitereien im politischen Kleinklein mit anschließendem kollektivem Achselzucken sind aber so ziemlich exakt das Gegenteil von verantwortlichem Handeln. Wer die Kommunen finanziell derart im Regen stehen lässt, wie das momentan passiert, handelt vielmehr schlicht verantwortungslos.

Anrede,

das Motto unserer diesjährigen Landkreisversammlung lautet: „Heimat gestalten. Zukunft sichern“. Wir verstehen darunter aber kein Wohlfühlprogramm, sondern vielmehr einen klaren Arbeitsauftrag. Die Landkreise sind so etwas wie ein Brennglas für die unmittelbare Lebenswirklichkeit der Menschen. Dort werden sämtliche lokalen Herausforderungen gebündelt – von der Daseinsvorsorge über die Gesundheit, die Mobilität und die Gestaltung des Strukturwandels bis hin zu unserer ganz wichtigen Funktion als Sozialstaat vor Ort. Um Heimat gestalten und Zukunft für uns alle sichern zu können, braucht es aber definitiv mehr als schöne Worte und dauernd neue Prüfaufträge. Dazu braucht es vielmehr zwingend *Handlungsfähigkeit und Mut*. Und: Dazu gehört eben auch ein Staat, der nur noch das verspricht, was er anschließend tatsächlich auch halten kann. Alles andere ist nämlich reine Traumtänzerie.

Dabei sind Träume eigentlich ja etwas Gutes. Deshalb will ich Sie heute gerne ganz bewusst auch *zu einem solchen Traum einladen*. Ich habe nämlich meine KI einmal gefragt, wie Deutschland denn idealtypischerweise im Jahr 2026 aussehen sollte. Vermutlich werden die ersten jetzt schon allein wegen der Nennung des Begriffs KI wieder schwere Bedenken auf der Stirn tragen. Ich will allerdings ganz offen bekennen: Ich selbst habe vor der Künstlichen Intelligenz keine Angst, dafür aber umso mehr vor der natürlichen Dummheit, die momentan in unserer Gesellschaft leider wieder stark zunimmt. Ich glaube, die meisten Affen würden sich inzwischen vehement gegen die Behauptung wehren, dass wir Menschen alle von ihnen abstammen.

Wie sähe denn jetzt aber eine solche *Best-Case-Vision 2026* für unser Land in den Augen der KI aus? Lehnen Sie sich dazu bitte einen kleinen Moment lang entspannt zurück und schließen Sie die Augen.

Die Vision klingt so: Die Wirtschaft in Deutschland wächst nach Jahren der Schwäche wieder stabil und nachhaltig. Die Bürokratie ist deutlich reduziert und Investitionen werden schneller umgesetzt. Strukturelle Probleme wie der Fachkräftemangel oder zu hohe Energiekosten sind gelöst.

Sämtliche Behörden sind größtenteils digital unterwegs. Schnelles Internet ist flächendeckend verfügbar. Wir haben einen hohen sozialen Zusammenhalt und ein großes Vertrauen in die Demokratie. Gute Bildungschancen und soziale Aufstiegsmöglichkeiten sind für alle Menschen verfügbar. Die Gesundheitsversorgung funktioniert flächendeckend effizient und modern. Städte und ländliche Räume bieten den Menschen gleichwertige Lebensverhältnisse.

Unsere Infrastruktur ist modern und zuverlässig. Die Straßen, die Bahnstrecken und die Energienetze sind modernisiert. Der Öffentliche Personennahverkehr bringt durch seine attraktiven Angebote in Stadt und Land immer mehr Menschen dazu, ihr Auto stehen zu lassen. Deutschland ist ein stabiler Anker in Europa und ein verlässlicher Partner in der Welt.

Sind das nicht wunderschöne Bilder? So, und jetzt bitte wieder aufwachen. Es tut mir leid. Aber: Wir alle kennen ja schließlich auch die Realität. Und: Diese Realität sieht in Deutschland momentan leider *ziemlich anders* aus. Karl Valentin würde sagen: „In der Theorie gibt es keinen Unterschied zwischen Theorie und Praxis. In der Praxis aber gibt es ihn sehr wohl“. Wenn wir Heimat gestalten und Zukunft sichern wollen, haben wir also ein ziemlich dickes Brett vor der Brust. Aber: Es hat ja auch niemand gesagt, dass es einfach werden würde.

Übermorgen beginnt bekanntlich die FIFA-Weltmeisterschaft. Dann wird König Fußball wieder vieles dominieren. Deshalb will auch ich heute ganz bewusst dieses Bild wählen. Wenn wir über das reden, was Landkreise in ihrem Kern ausmacht, sind wir

nämlich nicht etwa bloß Zuschauer, sondern wir sind vielmehr *zentrale Akteure mitten auf dem Spielfeld*. Deshalb wissen wir übrigens auch sehr genau, worauf es ankommt.

Und: Wir sind häufig im Ballbesitz – bei der Jugendhilfe, in den Schulen, beim ÖPNV, in der Gesundheitsversorgung, bei der Pflege, im Katastrophenschutz und bei einer Vielzahl weiterer Situationen. Immer mittendrin und nicht am Spielfeldrand. Im direkten Kontakt mit unseren Mitspielerinnen und Mitspielern. Ständig anspiel- und ansprechbar. Wir kennen die Lebenswirklichkeit. Und: Wir wissen, was es heißt, immer wieder schnell reagieren zu müssen. Ohne Zeitlupe und Videobeweis, aber gestützt auf eine große Erfahrung, die uns dabei hilft. Eben *weil* das so ist, wissen wir umgekehrt inzwischen aber leider auch zu gut, wie sich massive finanzielle Sorgen und ein steigender Vertrauensverlust in den Staat anfühlen.

Für mich geht es inzwischen deshalb insbesondere um *eine* Grundfrage: Wie schaffen wir es, den Menschen vor Ort überhaupt noch zu vermitteln, dass demokratische Politik Probleme auch lösen kann und sie nicht nur wortreich beschreibt? Und: Wie können wir endlich wieder dahin kommen, dass Bund, Länder und Kommunen in einem Verhältnis zusammenarbeiten, das dem Wort *Verantwortungsgemeinschaft* tatsächlich auch gerecht wird? Herausfordernde Zeiten waren schon immer echte Bewährungsproben für ein demokratisches Gemeinwesen. Diese Bewährungsprobe müssen wir deshalb jetzt auch gemeinsam bestehen. Es gibt nämlich gar keine Alternative dazu.

Wenn wir über eine schwindende Handlungsfähigkeit sprechen, dann ist und bleibt die finanzielle Lage der Kommunen *der* zentrale Dreh- und Angelpunkt. Wer so wie ich schon mehr als 27 Jahre lang in kommunalen Wahlämtern als Bürgermeister und Landrat tätig ist, weiß, dass die Kommunalfinanzen immer durch ein Auf und ein Ab gekennzeichnet waren. Das hat sich inzwischen allerdings dramatisch geändert. Die Entwicklung geht nur noch in *eine* Richtung, nämlich bergab, und das noch dazu in einem rasanten Tempo. Und: Das ist vor allem auch kein punktuell oder in zeitlicher Hinsicht vorübergehendes Loch mehr, sondern das ist ein echter struktureller Bruch – und noch dazu einer ohne irgendeine Perspektive auf Besserung.

Im Gegenteil: Die Prognosen für 2026, 2027 und die folgenden Jahre sehen sogar noch schlechter aus. Das Bundesfinanzministerium rechnet damit, dass wir bei Negativergebnissen um die 30 Milliarden Euro „verharren“ werden. Nur: Sollen wir uns darüber jetzt womöglich auch noch freuen? Gut, dass es nicht noch schlimmer kommt?

Ich will dazu nur zwei kleine Anmerkungen machen: *Erstens* glaube ich nicht, dass die Annahme des Bundesfinanzministeriums richtig ist. Die Zahlen werden eher, und zwar deutlich, *über* 30 Milliarden Euro liegen – und das wohlgedenkt: Jahr für Jahr.

Und *zweitens*: Sprache ist verführerisch. Wer von einem „Verharren“ spricht, suggeriert damit ja geradezu, dass die Talfahrt gestoppt und das Problem quasi schon zur Hälfte gelöst sei. Gerade das ist es aber nicht. Im Gegenteil. Jedes Jahr 30 Milliarden Euro oder mehr Defizit heißt bei Licht betrachtet doch, dass unsere Schuldenberge explodieren. Genau das tun sie im Übrigen auch. Schon jetzt steigen auf der kommunalen Ebene die Zinsen um + 32,1 % pro Jahr an. Das rote Warnlicht in unseren kommunalen Haushalten blinkt inzwischen nicht mehr nur gelegentlich auf, sondern es leuchtet schon längst dauerhaft.

Ich will das mit einem Blick auf die Kassenkredite noch unterstreichen. Wir waren Mitte des letzten Jahrzehnts schon einmal in einer Situation, in der die kommunalen Kassenkredite bundesweit auf über 50 Milliarden Euro angewachsen waren. Eine absehbare Folge davon war, dass Kreditinstitute, übrigens auch öffentlich-rechtliche, seinerzeit spürbar das Vertrauen in uns verloren haben. Vorher höchst willkommene, weil sichere Kreditnehmer waren auf einmal zu zunehmenden „Klumpenrisiken“ in den Bilanzen geworden.

Damals haben eine ganze Reihe von Bundesländern deshalb gezielte Gegenmaßnahmen ergriffen. Mit Erfolg. Bis 2023 konnten die Kassenkredite nämlich wieder auf 30,4 Milliarden Euro gesenkt werden.

Inzwischen fährt der Zug aber erneut rasant in die Gegenrichtung. Seit 2024 wachsen die Kassenkreditbestände ein weiteres Mal stark an. Im 3. Quartal 2025 waren es schon wieder 41,8 Milliarden Euro. Anders als früher sind jetzt aber zusätzlich

auch noch unsere Rücklagen leer. Negative Finanzierungssalden werden deshalb nahezu 1:1 in die kommunalen Kassenkreditbestände wandern. Ich prophezeie deshalb heute: Es wird nicht mehr lange dauern und wir haben Kassenkredite von 100 Milliarden Euro und mehr. Das wäre dann doppelt so viel wie in der akuten Krisensituation vor 10 Jahren.

Und: Alles das sind belegbare Fakten. Das ist also nicht etwa der „übliche Alarmismus“, den man uns an dieser Stelle gern vorhält, sondern es ist bitterer Ernst. Die Politik vermag sicher vieles. Die Grundrechenarten kann *selbst sie* aber auch nicht außer Kraft setzen.

Und: Alles das wird jetzt sehr schnell und mit großen Schritten auch in der Lebenswirklichkeit der Menschen ankommen. Wir alle werden es spüren und es wird natürlich etwas mit den Menschen machen. Investitionen werden verschoben oder entfallen womöglich ganz. Freiwillige Leistungen geraten zunehmend unter Druck. Wenn wir aber beispielsweise Krankenhäuser schließen müssen, den ÖPNV nicht mehr ausbauen können, sondern ihn umgekehrt gezwungenermaßen sogar zurückfahren, Leistungen auf breiter Front kürzen, Steuern, Gebühren und Beiträge flächenhaft steigen und anderes mehr, wird das das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat jedenfalls ganz sicher nicht stärken, sondern vielmehr direkt auf das Konto seiner Gegner einzahlen.

Tatsachen schafft man allerdings nicht dadurch aus der Welt, dass man sie konsequent ignoriert. Diesen Eindruck muss man jedoch haben, wenn man die Bundespolitik der letzten Jahre betrachtet. Seitdem 1 Milliarde Euro gefühlt scheinbar nur noch kleines Geld ist, gewöhnt man sich eben allzu leicht auch sonst an schlechte Zahlen. Was sind da schon 30 Milliarden Euro kommunales Defizit?

Genau diese Normalisierung eines verheerenden finanziellen Zustands der kommunalen Ebene als neuen Status quo dürfen wir aber nicht zulassen. Wenn Gebäude und Straßen anfangen zu bröckeln, bröckelt auch das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Man kann es deshalb drehen und wenden, wie man will: Wir fahren auf Verschleiß.

Und das sog. „Sondervermögen“? Was ist denn mit dem? So viel Geld. Hilft Euch das etwa nicht? Jede und jeder von uns kennt doch diese ungläubigen Fragen aus dem politischen Raum, aber genauso aus den Medien. Ich will dazu deshalb gerne etwas sagen. Natürlich ist es immer gut, wenn zusätzliches Geld in Infrastruktur fließt. Niemand von uns würde in die *Hand* beißen, die uns ein *Pflaster* reicht. Nur: Erstens ist das allenfalls ein Trostpflaster und zweitens geht es da mit Verlaub um zwei völlig verschiedene Paar Schuhe.

Das sog. „Sondervermögen“ verschafft uns ausschließlich und allein im *Finanzhaushalt* zusätzliche Spielräume, die bei Licht betrachtet übrigens noch dazu ziemlich überschaubar sind. Es löst aber unsere *strukturelle* Finanzkrise noch nicht einmal ansatzweise, weil dieses Problem nämlich in unseren *Ergebnishaushalten* spielt. Wohl dem, der zumindest schon einmal von doppischer Buchführung gehört hat. Wenn wir unsere Ergebnishaushalte nicht mehr zubekommen und die Defizite dort weiter anwachsen, dann sind zusätzliche Investitionsmittel im Ergebnis jedenfalls so hilfreich wie das Ausaugen der Wunde nach einem Schlangenbiss. Dort wird das Gift durch den Speichel nämlich auch nur *noch schneller* im gesamten Gewebe verteilt.

Und: Es kommt noch etwas anderes dazu. Pflichtaufgaben laufen natürlich weiter. Rechtsansprüche müssen erfüllt werden. Tarifsteigerungen, Energiekosten, Sozialausgaben und Krankenhausdefizite lassen sich nicht einfach auf Standby stellen. Wenn deshalb etwas unter Druck gerät, dann sind es *vor allem die Gestaltungsaufgaben*. Dann sind es die Kultur, der Sport, das Ehrenamt, die Wirtschaftsförderung, die Prävention, freiwillige soziale Angebote, aber auch die Instandhaltung und nicht zuletzt eben leider auch die kraftvollen Investitionen in die eigene Zukunft.

Alle diese Bereiche bezeichnen wir gerne als *freiwillige* Leistungen. Rein formell betrachtet ist das auch durchaus korrekt. Nur: Wir stehen in meinen Augen schon auch in der *Pflicht*, den Menschen vor Ort ein lebens- und liebenswertes Dasein zu ermöglichen. Dass eine Aufgabe als freiwillige gilt, heißt deshalb für mich noch nicht, dass sie ohne weiteres auch ersatzlos gestrichen werden kann. Wir müssen da vielmehr in jedem Einzelfall sehr genau hinschauen. Das, was die Lebensqualität positiv prägt, verhindert zugleich nämlich auch ganz oft, dass später teurere Folgeprobleme entstehen.

Diese Entwicklung ist aber nicht etwa vom Himmel gefallen, sondern sie hat natürlich handfeste Ursachen. Im Kern geht es schlicht darum, dass vor allem diejenigen Ausgaben, denen gesetzlich geregelte Pflichten zugrunde liegen, schon seit Jahren in einem exorbitanten Umfang anwachsen. Wir reden da über Sozialleistungen, die Jugendhilfe, Kinderbetreuung, Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, Krankenhausdefizite, den Rettungsdienst, die Gesundheitsämter, Integration und vieles andere mehr. Fakt ist: Wir haben alle diese Dinge *nicht selbst bestellt*. Und: Wir können sie auch nicht wieder abbestellen oder einfach nach der eigenen Kassenlage kürzen. Trotzdem sollen wir sie aber bezahlen. Der eine bestellt und der andere bekommt die Rechnung dafür. So kann eine Verantwortungsgemeinschaft auf Dauer einfach nicht funktionieren.

Wenn wir schon nicht mitbestellen dürfen, dann könnte man uns aber doch wenigstens vor einer neuerlichen Bestellung ordnungsgemäß *anhören*. Dass die kommunalen Spitzenverbände an Gesetzesvorhaben des Bundes, wenn ihre spezifischen Belange berührt werden, „möglichst frühzeitig“ zu beteiligen sind, steht schon seit unvordenklichen Zeiten in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien. Gerade in Zeiten der Ampel sind unsere Beteiligungsrechte aber immer wieder massiv beschnitten worden. Deshalb heißt es im jetzigen Koalitionsvertrag ja auch wörtlich: „Bereits in der Frühphase von Gesetzgebungsverfahren werden wir Praxischecks durchführen und Betroffene sowie Vollzugsexperten und -expertinnen aus Bund, Ländern *und Kommunen* mit *angemessenen* Fristen (in der Regel vier Wochen) beteiligen“.

Die neue Bundesregierung wollte es also erklärtermaßen besser machen als die alte. Und wie sieht es in der Realität damit aus? Ich will das nur an einigen ganz wenigen Beispielen ausführen. Beispiel Nummer 1: Infrastruktur-Zukunftsgesetz. 174 Seiten Gesetzentwurf. Eingang beim DLT am Freitagnachmittag um 15.31 Uhr. Ende der Frist zur Stellungnahme: Montag, 10.00 Uhr. 2 ½ Tage einschließlich des Wochenendes. Beispiel Nummer 2: GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz. 157 Seiten Gesetzentwurf. Eingang beim DLT donnerstags um 15.30 Uhr. Ende der Frist zur Stellungnahme am Montag um 9 Uhr. 3 ½ Tage, großzügigerweise unter Einschluss des Wochenendes. Beispiel Nummer 3: Gebäudemodernisierungsgesetz. 166 Seiten

Gesetzentwurf. Eingang beim DLT dienstags um 17 Uhr, Ende der Frist zur Stellungnahme am darauffolgenden Montag. Wenn man das Wochenende abzieht, sind das dann wenigstens 3 1/2 Werktage. Und sozusagen aus aktuellem Anlass auch gleich noch Beispiel Nummer 4: Pflegeneuordnungsgesetz. 210 Seiten. Beim DLT eingegangen am letzten Freitag um 9.49 Uhr. Gelegenheit zur Stellungnahme bis morgen, 13 Uhr. Das sind einschließlich Wochenende und solchen „Kleinigkeiten“ wie unserer Landkreisversammlung netto also fünf Tage. Alles das ist von „vier Wochen“ offenkundig Lichtjahre entfernt. So etwas ist deshalb keine Anhörung, die auch nur diesen Namen verdient. So etwas ist vielmehr schlicht eine Farce.

Und: Eine schlechte Beteiligung rächt sich. Jeder Handwerker kennt den Grundsatz: Zweimal messen, einmal schneiden. Dieser Grundsatz gilt genauso auch bei der Gesetzgebung. Trotzdem wird dort aber nach wie vor viel zu oft erst einmal geschnitten, dann gemessen und anschließend erstaunt festgestellt, dass es irgendwie doch nicht passt. Getreu dem alten Motto: „Jetzt habe ich das Brett schon zwei Mal abgesägt und es ist immer noch zu kurz“. So etwas muss einfach besser gehen. Und: Es geht natürlich auch besser.

Was wir jetzt brauchen, ist deshalb zweierlei. Zum einen brauchen wir dringend eine schnelle und vor allem auch eine *schnell wirksame Hilfe*. Ich weiß: Reformen, die langfristig zu einer Ausgabenbegrenzung führen sollen, sind in der Regel politisch nur schwierig zu *einem* und brauchen deshalb einfach Zeit. Diese Zeit haben wir auf der kommunalen Ebene aber schlicht nicht mehr. Manchmal ist die Welt ganz einfach. Ich räume gern ein: Wer immer nur nach mehr Geld ruft und sich Reformen verweigert, macht es sich definitiv zu leicht. Wer immer nur von Reformen spricht und die akute Finanznot der Kommunen währenddessen konsequent ignoriert, aber ebenfalls. Das muss sich deshalb auch unbedingt ändern.

Der Bund hat alle Werkzeuge, die man dafür braucht, zur Hand. Man muss sie nur *auch einsetzen wollen*. Für uns heißt das: Der kommunale Umsatzsteueranteil muss zumindest vorübergehend, bis strukturelle Reformen greifen, spürbar erhöht werden. Nur so erreichen wir eine kurzfristige Stabilisierung unserer Haushalte, die schließlich *nicht wir* ins Nirwana geführt haben, sondern die der Bund und die Länder wie weiland die unseligen Schwestern in der Bibel systematisch zu Grunde gerichtet haben.

Und: Angesichts von 30 Milliarden Euro kommunalem Defizit pro Jahr helfen da auch keine finanziellen Globuli oder andere homöopathische Dosen mehr. 30 Milliarden Euro entsprechen vielmehr 10 Umsatzsteuerpunkten. Das ist nichts anderes als simple Mathematik.

An dieser Stelle greifen die Damen und Herren Abgeordneten in der Regel gern zum Taschentuch, um sich das eine oder andere heimliche Tränchen wegzuwischen. Meistens wird das dann auch noch verbal von den üblichen mitleidigen Sätzen begleitet: „Ihr müsst es doch anerkennen: Wir haben ja selbst auch nichts mehr“. Daran ist genau *so viel* richtig, dass momentan in der Tat die Haushalte aller staatlichen Ebenen unter einem erheblichen Druck stehen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Im Gegensatz zu uns hat der Bund seine Lasten nämlich *selbst beschlossen*. Uns sind sie hingegen *aufgelegt* worden, ohne dass wir uns dagegen wehren können.

Und ganz ehrlich: Wer meint, in solchen Zeiten wie diesen noch mit der großen Gießkanne übers Land ziehen und vermeintliche Segnungen wie die Mütterrente 3 verteilen zu können, muss sich wirklich mehr als ernsthaft hinterfragen. Auf der Basis des aktuellen Rentenwerts bringt die Mütterrente 3 der betroffenen Frau exakt 21,26 Euro pro Monat. Das ist der Gegenwert von drei schlechten Gläsern Wein, den Steuerzahler kostet das Ganze aber 5 Milliarden Euro – und das Jahr für Jahr.

Deshalb muss man sich eben schon rechtzeitig Gedanken über die Folgen seines Tuns machen und nicht erst dann, wenn es zu spät ist, mit verheulten Augen dasitzen, frei nach dem guten alten „Struwelpeter“-Prinzip: „Und die Mutter blicket stumm auf dem leeren Tisch herum“.

Allein die Sozialleistungen belaufen sich in Deutschland inzwischen auf 1,3 Billionen Euro pro Jahr. Eine Billion sind übrigens tausend Milliarden.

Oder, um es vielleicht noch anschaulicher zu machen: Angenommen, wir würden lauter 100 Euro-Scheine nehmen und sie übereinanderstapeln. Wie hoch, glauben Sie, wäre dieser Stapel, bis dort 1,3 Billionen Euro liegen? Ich will es Ihnen verraten: Dieser 100 Euro-Schein-Stapel wäre 1.500 km hoch. Zum Vergleich: Die Internationale

Raumstation ISS kreist in einer Höhe von etwa 400 Kilometern. Unser Sozialstaatsgeldstapel reicht also fast vier Mal so hoch in den Weltraum wie die ISS. Und: Jedes Jahr brauchen wir einen neuen solchen Stapel.

Für diejenigen, die vielleicht nicht so weltraumaffin sind, habe ich aber auch noch ein anderes Bild. Angenommen wir stellen die 100 Euro-Scheine senkrecht hintereinander. 1.500 km – das ist dann ziemlich genau die Fahrtstrecke von Berlin nach Rom. Nur unser deutscher Sozialstaat. Und das Jahr für Jahr. Tendenz: weiter stark steigend.

Ja, das sind ungeliebte Themen. Zweifelsohne. Und: Natürlich hat die Politik damit ein systemisches Problem. Gewählt und wiedergewählt wird man im Regelfall nicht dafür, dass man Leistungen kürzt oder sogar ganz streicht. Deshalb gibt es da ja leider allzu oft auch ein hohes Beharrungsvermögen oder anders formuliert eine nicht besonders stark ausgeprägte *Reformfreudigkeit*. Es hilft allerdings auch nicht weiter, wenn allein schon die Nennung des Begriffs „Sozialstaatsreform“ bei dem einen oder der anderen sofort eine Schnappatmung auslöst.

Zugegebenermaßen: Es mag für diejenigen, die als Abgeordnete politische Verantwortung tragen, schwer sein, sich einzugestehen, dass wir uns selbst als vergleichsweise immer noch reiches Land diesen Sozialstaat in seiner aktuellen Ausprägung angesichts der grundlegend veränderten Rahmenbedingungen auf der ganzen Welt schlicht nicht mehr leisten können. Aber: Es *ist* doch ganz offenkundig so. Niemand kann mehr verteilen als er hat.

Warum haben denn alle unsere sozialen Sicherungssysteme riesige Deckungslücken? Und: Alles das ist doch auch nicht etwa vom Himmel gefallen, sondern es ist ganz einfach die Folge einer Politik, die in den letzten Jahren ähnlich dem olympischen Motto „schneller, höher, weiter“ gemeint hat, dem Prinzip „noch mehr, noch ausdifferenzierter und noch einzelfallgerechter“ huldigen und immer mehr dazubeschließen zu können und jetzt urplötzlich merkt, dass ihr dabei scheinbar etwas aus dem Ruder gelaufen ist.

Deshalb wird an einer zukunftsfesten *Weiterentwicklung des Sozialstaats* gar kein Weg vorbeiführen. Das meint im Übrigen aber etwas grundlegend anderes als die „Abschaffung“ des Sozialstaats oder einen „Kahlschlag“ zulasten derer, die das Leben eh nicht auf seine Sonnenseite gestellt hat. Genau mit dieser Diktion, die oft genug nicht mehr ist als ein „Totschlagsargument“, wird das aber in der Öffentlichkeit leider oft genug diskutiert, um es dadurch möglichst gleich im Keim zu ersticken.

Wir wollen uns jedenfalls ganz bestimmt nicht aus der sozialen Verantwortung zurückziehen. Im Gegenteil: Gerade die Schwachen brauchen starke Fürsprecher. Solche starken Fürsprecher sind wir Landkreise. Und: Wir wollen es ganz ausdrücklich auch bleiben. Deshalb müssen wir auch weiterhin gemeinsam klarmachen, dass wir *etwas anderes* wollen, aber dass wir dieses andere eben genauso *dringend auch brauchen*. Konkret heißt das für mich, dass wir *solche* sozialen Unterstützungsleistungen, die einen besonders *hohen* Wirkungsgrad haben, *stärken*, im Gegenzug dann aber eben auch *weniger wirksame* Leistungen konsequent *zurückfahren*.

Gerade in den letzten Tagen und Wochen haben medienwirksame Berichte etwa über die Frage, ob es eine gezielte Einwanderung in unsere Sozialsysteme gibt oder ob unser derzeitiges Bürgergeldsystem den Sozialleistungsbetrug womöglich sogar noch befördert, viele Menschen im wahrsten Sinne des Wortes wachgerüttelt. Solche Hinweise müssen wir sehr ernst nehmen. Wenn uns der soziale Kompass wichtig ist, dürfen wir davor nicht die Augen verschließen. Die Bürgerinnen und Bürger tun das nämlich auch nicht. Im Gegenteil. Sie schauen bei vielen Dingen sogar sehr genau hin. Wenn sie sich dann aber *strukturell übersehen oder benachteiligt fühlen*, wächst zwangsläufig auch der Eindruck, dass Demokratie vor allem *für die anderen* funktioniert. Daraus entsteht zwar vielleicht noch keine grundsätzliche Ablehnung der Demokratie *als Idee*, wohl aber schnell eine gewisse *Frustration über ihre gelebte Praxis*.

Und: Genau dort setzen autoritäre und populistische Kräfte deshalb auch ganz gezielt an. „Wir kümmern uns um Euch“. Dass sie sich in der Praxis dann vor allem um sich selbst kümmern und unseren demokratischen Rechtsstaat schamlos als Selbstbedienungsladen missbrauchen, um Steuergelder in die eigene Tasche zu schaufeln, geht im Konzert der lauten Stimmen leider oftmals unter. Der

ungebremste Familiennachzug in die Abgeordnetenbüros der AfD wird unsere Probleme jedenfalls ganz bestimmt nicht lösen. Trotzdem: Da verschiebt sich gerade etwas.

Wenn wir den Sozialstaat ernst nehmen und erhalten wollen - und daran lasse ich nicht den geringsten Zweifel aufkommen -, dann müssen wir ihn demografiefest und zukunftssicher machen. Ein Sozialstaat, der sich finanziell und administrativ selbst überfordert, wird am Ende nämlich nicht gerechter, sondern er bindet nur immer mehr Personal in Verfahren, Nachweisen, Gutachten, Plänen, Prüfungen und Dokumentationen. Und er verliert damit wertvolle und wichtige Zeit, Geld und Kraft, die eigentlich doch den betroffenen Menschen zugutekommen sollten.

Es gibt aber auch noch eine andere Perspektive, die in den Diskussionen leider meistens zu kurz kommt. Das ist nämlich die Perspektive unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele arbeiten schlicht am Limit. Nicht selten geht es dabei um konfliktbehaftete Gespräche, immer um menschlich belastende Fälle. So etwas bleibt nicht in den Kleidern hängen. Wenn wir über Verfahrensvereinfachungen und Digitalisierung reden, dann tun wir das deshalb auch, um unseren Kolleginnen und Kollegen endlich wieder mehr *Zeit für das Wesentliche* zu geben. Wir müssen uns nämlich darauf einstellen, künftig eher mit weniger Personal auszukommen. Selbst wenn es morgen Goldstücke regnen sollte, worauf zumindest meine Wetter-App momentan aber nicht hindeutet, hätten wir dadurch noch keine einzige Mitarbeiterin und keinen einzigen Mitarbeiter mehr. Und: Die Digitalisierung allein wird ganz sicher auch nicht alle Probleme der Welt lösen.

Ob wir Fußball-Weltmeister werden, weiß ich nicht. Ich würde es Julian Nagelsmann und seinem Team natürlich wünschen. Einen anderen Weltmeistertitel haben wir hingegen schon seit ewigen Zeiten, weil wir da weltweit quasi außer Konkurrenz unterwegs sind. Wir sind nämlich *Rekord-Weltmeister der Einzelfallgerechtigkeit* – und genau daran krankt unser System, und zwar ganz massiv. Deshalb müssen wir uns endlich von der Wahnvorstellung verabschieden, dass ein Sozialstaat nur dann menschlich sein kann, wenn er immer, immer und immer noch weiter ausdifferenziert wird.

Das Gegenteil ist doch richtig: Wir müssen stattdessen endlich wieder deutlich einfacher werden. Und: Dazu brauchen wir vor allem eines, nämlich eine Kultur des Weglassens. Das klingt ausgerechnet in Deutschland zwar fast revolutionär. Nur: Modernisierung heißt halt nicht, auf jeden alten Stapel Papier noch ein zusätzliches digitales Formular oben draufzulegen. Modernisierung heißt, den Stapel insgesamt *kleiner* zu machen.

Das ist im Übrigen auch eine Grundvoraussetzung, um Verwaltungsprozesse überhaupt digitalisierbar zu machen. Natürlich muss ein Sozialstaat den Menschen sehen und darf nicht blind pauschalieren. Wenn wir aber stattdessen aus jedem einzelnen Fall ein eigenes kleines Universum machen, dann überfordern wir am Ende alle: die Verwaltung, die Leistungserbringer, die Gerichte, nicht zuletzt aber auch die betroffenen Menschen selbst.

Wir sehen das doch gerade besonders deutlich an der Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung. Das Bundesteilhabegesetz ist einmal mit einem absolut richtigen Anspruch gestartet: mehr Teilhabe, mehr Selbstbestimmung und mehr Personenzentrierung. Heute erleben wir stattdessen aber ein System, das an Kleinteiligkeit kaum mehr zu überbieten und *gerade deshalb* extrem aufwendig und teuer geworden ist.

Ein Beispiel, an dem man das sehr deutlich machen kann, sind die Integrationshelfer und Schulbegleiter. Sicher: Es mag Fälle geben, in denen es aufgrund der Art der Behinderung tatsächlich geboten ist, einem Kind seine ganz individuelle Betreuungsperson allein zuzuordnen. Umgekehrt kann mir aber niemand erzählen, dass das der Regelfall sein soll. Inzwischen haben wir aber Situationen, bei denen eine Handvoll Erwachsener und mehr in einer Klasse als Betreuer sitzen – und das nicht nur in Regelschulen, sondern zunehmend auch in Förderschulen, also besonderen Schulen für besondere Kinder mit besonderem Förderbedarf. Wenn selbst dort eine *inklusive* Beschulung nur durch *externe* Hilfe möglich ist, ist das im Grunde eine Bankrotterklärung für das System Schule – nur mit dem Unterschied, dass nicht der Bankrotteur, in dem Fall also die Länder, sondern einmal mehr wieder *wir* die Zeche dafür zahlen sollen. Deshalb sind Pooling-Lösungen auch ganz bestimmt kein Angriff auf den Teilhabestaat, sondern in Wirklichkeit überfällig.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Unsere Ausgaben sind seit der Einführung des Bundesteilhabegesetzes um fast 70 Prozent gestiegen. Dieser Anstieg ist deutlich stärker als der Zuwachs bei den Fallzahlen. Das ist ein Punkt, über den wir deshalb zwingend reden müssen. Kosten, die dauerhaft im zweistelligen Prozentbereich anwachsen, kann nämlich kein kommunaler Haushalt auffangen. Schon jetzt hat die Eingliederungshilfe das größte Gewicht bei unseren Sozialausgaben. Und: Wenn der Bund weiterhin meint, dass wir uns das leisten können, dann soll er es bitte endlich auch mit Umsatzsteuerpunkten bezahlen.

Das Ziel muss aus unserer Sicht heißen: Überall dort, wo es fachlich vertretbar ist, deutlich mehr pauschalierte und *systemische* Lösungen. Dazu: längere Überprüfungszeiträume bei stabilen Bedarfen. Es wird künftig einfach nicht mehr möglich sein - nicht personell und nicht finanziell -, für jeden Einzelfall *die individuell maßgeschneiderte Lösung* zu entwickeln und sie dann in kurzen Abständen immer wieder neu zu erfinden. Man kann dem einzelnen Menschen auch mit deutlich pauschalierteren Lösungen immer noch im gebotenen Maße gerecht werden. Davon würde die Welt jedenfalls sicher nicht untergehen. Oder in einem Satz: So viel Pauschalierung wie *möglich* und so viel Individualisierung wie *nötig*.

Ähnliches gilt im Übrigen für die Kinder- und Jugendhilfe. Auch dort erleben wir momentan eine Ausgabendynamik, die die kommunalen Haushalte sprengt. Unsere Gesellschaft hat sich einfach verändert – durch interne Einflüsse, aber auch durch Zuwanderung. Das gehört einfach zur Wahrheit dazu. Und: Die Pandemie hat ebenfalls ihre Spuren hinterlassen. Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahmen und anderes mehr sind deshalb zunehmend wichtiger werdende Leistungen. Oft spielen diese Fälle in schwierigen Lebenssituationen. Familien in der Krise. Kindeswohlgefährdung. Der dringende Bedarf nach Schutz und Unterstützung.

Aber: Auch da müssen wir unbedingt über Strukturen, Standards, Verfahren und *angebliche* Finanzierungslogiken sprechen. Wer seine eigene Rolle darauf beschränkt sieht, einfach die Rechnungen weiterzuschicken, macht es sich jedenfalls definitiv zu leicht. Stattdessen müssen wir uns doch vielmehr fragen, *warum* die Fallzahlen ständig steigen und ob stationäre Leistungen wirklich immer die richtige Antwort sind.

Das gilt im Übrigen auch für die wieder aufgebrandete Diskussion um die sog. inklusive Lösung im SGB VIII. Wenn der Bundesgesetzgeber das jetzt auch noch umsetzt, droht uns mit Ansage das nächste Desaster – und das absolut zur Unzeit. Davor warnen wir deshalb ganz ausdrücklich. Mit neuen Verfahren, zusätzlichen Schnittstellen und höheren Kostensätze allein ist nämlich sicher nichts gewonnen.

Zu allen Fragen rund um den Sozialstaat gibt es, wie wir wissen, momentan in Berlin viele Diskussionen, aber auch so manchen kropfunnötigen Streit. Große Bedeutung kommt aus unserer Sicht dabei jedoch der *Kommission zum effizienten Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen* zu, die unter der Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts, Bundesminister Thorsten Frei, steht. Auch deshalb freuen wir uns, dass Herr Bundesminister Frei in wenigen Minuten ebenfalls zu uns sprechen wird. Der Deutsche Landkreistag ist in seiner Kommission ebenfalls Mitglied. Anders als andere halten wir uns aber an die von Anfang an vereinbarte Vertraulichkeit dieses Gesprächsformats. Wer hingegen meint, jedes Zwischenergebnis an die Öffentlichkeit durchstecken zu sollen, torpediert vorsätzlich den dringend nötigen Erfolg dieser Kommission. In meinen Augen ist so etwas deshalb auch schlicht verantwortungslos.

Natürlich wissen wir, dass es da dicke Bretter zu bohren gilt. So etwas wird nur gemeinsam gehen. Deshalb appellieren wir heute und gerade jetzt einmal mehr an eine *Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen*. Und ich will hinzufügen: Wir werden uns dabei ganz bestimmt nicht wegducken, sondern wir stehen ganz ausdrücklich bereit, um auch gemeinsam den Kopf dafür hinzuhalten.

Stattdessen erleben wir allerdings auch weiterhin nur das klassische Schwarze-Peter-Spiel von Bund und Ländern. Jeder zeigt mit dem Finger auf den anderen - und am Ende passiert dann gar nichts. Im Grunde genommen ist das also nichts anderes als ein klassisches Dreiecksdrama, wie beim Sorgerechtsstreit in einer Scheidung: Die „Alten“, in dem Fall der Bund und die Länder, streiten sich und die Kinder, das sind wir Kommunen, die definitiv für alles das nichts können, sind die Leidtragenden dabei. Vor allem aber: Bei uns laufen derweil munter weiter die Rechnungen auf.

Deshalb auch da in aller Deutlichkeit: Reißt Euch endlich zusammen! Hört damit auf, gegenseitig Opposition innerhalb der eigenen Regierung zu betreiben! Bildet eine demokratische Verantwortungsgemeinschaft! Es ist wirklich schwer erträglich zu sehen, dass man den Ernst der Lage scheinbar noch immer nicht erkannt hat und dem Teufel nicht endlich gemeinsam und entschlossen auf den Kopf tritt.

Ich will aber auch noch etwas Weiteres hinzufügen: Verantwortungsgemeinschaft heißt sicher *nicht*, sich selbst zu entlasten, indem man die Last kurzerhand einem anderen Familienmitglied aufs Auge drückt. Ich will das an einem einfachen Beispiel deutlich machen, nämlich unseren Krankenhäusern.

Gerade in den ländlichen Räumen, wo die Wege zur nächsten Klinik weit sind, ist die Existenz eines Krankenhauses immer noch ein ganz zentrales Sicherheitsversprechen. Wie will man den Menschen dann aber eigentlich erklären, dass der Staat allumfassend handlungs- und leistungsfähig sei, wenn ausgerechnet bei Krankheit und Notfall das Gegenteil *offenbar wird* und immer mehr - selbst unzweifelhaft bedarfsnotwendige - Krankenhäuser im Wege eines ungesteuerten kalten Strukturwandels aus der Fläche verschwinden? Genau das erleben wir aber momentan: Eine Schließungswelle, die nicht nach der Versorgungssicherheit der Menschen fragt, sondern die schlicht durch Defizite, Spargesetze und eine seit Jahr und Tag völlig unzureichende Vorhaltefinanzierung ausgelöst und getrieben wird.

So etwas geht an den Kern regionaler Identität und staatlicher Verlässlichkeit. Diejenigen Landkreise, die selbst Träger von Krankenhäusern sind, haben in den letzten Jahren schon mehr als 25 Milliarden Euro aufbringen müssen, um ihren gesetzlichen Sicherstellungsauftrag zu erfüllen. Wir haben das getan, weil es trotz aller Nachbesserungen in Deutschland immer noch keine Rahmenbedingungen gibt, die einen nachhaltig wirtschaftlich tragfähigen Betrieb von Krankenhäusern ermöglichen würden. Das ist im Grunde ein absolutes Armutszeugnis.

Und jetzt kommt das GKV-Sparpaket, das uns noch einmal weitere 5 Milliarden Euro allein in diesem Bereich entziehen will. Ich will es deshalb ganz bewusst auch in dieser Deutlichkeit sagen: Solange der Bund die gesetzliche Krankenversicherung mit versicherungsfremden Leistungen in zweistelliger Milliarden-Euro-Höhe belastet,

dann aber meint, die dort zweifelsohne gebotene *Entlastung* dadurch bewerkstelligen zu müssen, dass man weitere 5 Milliarden Euro einfach auf die Kommunen weiterverschiebt, ist das exakt das Gegenteil einer Verantwortungsgemeinschaft. Das ist vielmehr schlichte finanzpolitische Flickschusterei. Der eine reißt das Loch auf und andere sollen es dann stopfen – um den Preis, dass bei denen, die es stopfen sollen, dann zwangsläufig das nächste Loch auftritt. Man kann doch mit Verlaub *ein* Unrecht nicht dadurch beseitigen, dass man ein anderes, für das man im Übrigen ebenfalls die Verantwortung trägt, noch weiter vergrößert.

Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag: „Wir erkennen die zentrale Rolle der Kommunen in der Umsetzung staatlicher Aufgaben an und setzen uns für eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein“. Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass die Kommunen und insbesondere die Landkreise schon heute in ganz vielen Bereichen, auch bei den Krankenhäusern, schlicht als unzuständiger Ausfallbürge für ein strukturell unterfinanziertes System missbraucht werden. Das heißt: Wir zahlen schon jetzt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Milliardenbeträge, die eigentlich andere bezahlen müssten. Jetzt kommen da wohl noch einmal 5 Milliarden Euro nur bei den Krankenhäusern dazu. Und das soll dann eine „faire Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen“ sein? Wenn das fair sein soll, hat der Begriff der Gerechtigkeit in diesem Land endgültig seine Bedeutung verloren.

Deshalb appellieren wir noch einmal nachdrücklich an die Glaubwürdigkeit der Politik. Man kann nicht das *eine* sagen und nachher dann dauernd etwas *anderes* machen. Noch ist es nicht zu spät, einen fatalen Fehler zu korrigieren. Viel Zeit bleibt dafür allerdings auch nicht mehr.

Bei der anstehenden Pflegereform droht uns im Übrigen genau Dasselbe. Auch die Hilfe zur Pflege ist eine echte Zeitbombe in unseren Kommunalhaushalten. Alle diejenigen, die bei ständig steigenden Kosten ihre Eigenanteile nicht mehr aufbringen können, landen nämlich in der Hilfe zur Pflege. Schon jetzt ist das im Pflegeheim mehr als jeder dritte Fall bundesweit. Tendenz: stark steigend. Und: Dort geht es zu 100 Prozent um kommunales Geld.

Vor allem aber: Alles das wird sich durch den jetzt seit wenigen Tagen vorgelegten Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums mit Ansage noch einmal dramatisch weiter verschärfen. Der Gesetzentwurf selbst rechnet in der Hilfe zur Pflege nämlich mit einer kommunalen Mehrbelastung von zunächst 1 Milliarde Euro pro Jahr. Andere Berechnungen gehen hingegen sogar von dem doppelten Betrag aus. Wenn es tatsächlich dazu kommen sollte, dass die gestaffelten Leistungszuschläge in Pflegeheimen zeitlich gestreckt, also erst später gezahlt werden, dann wird das zwar die Pflegeversicherung entlasten. Die Leidtragenden werden aber einmal mehr wir sein, weil die Menschen dann eben *noch früher* in die Hilfe zur Pflege fallen. Die Beitragssätze bleiben stabil, aber um den Preis, dass die Kommunen weiter destabilisiert werden. Was bitte hat das mit einer „fairen Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen“ zu tun?

Wer strukturelle Reformen will, kann die Lasten eben nicht permanent wie beim „Hütchenspiel“ einfach nur auf den nächsten weiterschieben. Wir unterstützen allerdings auch weiterhin ganz ausdrücklich alle Ansätze einer *echten* Reform. Dazu gehört insbesondere die Ankündigung von Frau Bundesgesundheitsministerin Warken, im Zuge der Pflegereform auch das Angehörigen-Entlastungsgesetz in den Blick zu nehmen. Dieser Schritt ist längst überfällig. Der Sozialstaat muss denen helfen, die sich nicht selbst helfen können. *Das und nur das* ist seine Rechtfertigung. Es gibt aber keine sachliche Begründung dafür, privates Vermögen und damit letztlich Erwartungen von Erben auf Kosten der Allgemeinheit zu schonen. So etwas kann man tun, wenn man es sich leisten kann. Wir können uns das aber inzwischen einfach nicht mehr leisten.

Anrede,

das Herz unseres Landes schlägt nicht in den großen Metropolen. Das Herz unseres Landes schlägt in den ländlichen Räumen. Deshalb haben wir diesem Thema gestern auch ganz bewusst ein eigenes Forum gegeben. Ländliche Räume sind nämlich nicht der landschaftlich hübsche Rest, der irgendwo zwischen den Ballungszentren halt noch übriggeblieben ist. Ländliche Räume sind vielmehr echte Kraftzentren. Dort leben die allermeisten Menschen in Deutschland. Deshalb ist der Auftrag zur

Schaffung und Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse mehr als ein bloßer Programmsatz. Wer ländliche Räume stärken will, muss ganz gezielt die Landkreise stärken.

Und: Genau das müssen wir jetzt auch auf europäischer Ebene mit Nachdruck einfordern. Der aktuell gerade diskutierte neue Mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2028 bis 2034 kann dazu eine entscheidende Weichenstellung sein – im positiven, vielleicht aber auch im negativen Sinne. Deshalb muss es uns gelingen, die politischen Maßnahmen gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse ländlicher Räume auszurichten und dadurch eine angemessene Förderung sicherzustellen. Nur das entspricht, woran man sehr viel öfter erinnern sollte, übrigens auch dem europäischen Primärrecht.

Auch für Europa gilt im Übrigen, dass wir deutlich weniger detailverliebte Regulierung und mehr Konzentration auf diejenigen Bereiche brauchen, in denen gemeinsames europäisches Handeln tatsächlich auch einen echten Mehrwert schafft. Dazu gehören insbesondere auch Förderprogramme, die in der Praxis handhabbar sind. Es kann doch nicht sein, dass wir am Ende mehr Personal brauchen, um eine Förderung überhaupt beantragen, abrechnen und minutiös dokumentieren zu können, als dann später für die eigentliche Umsetzung zur Verfügung steht.

Die Omnibus-Verfahren der EU-Kommission zum Bürokratieabbau gehen aber zumindest schon einmal in die richtige Richtung und bringen dadurch erste Entlastungen. Aber: Alles das reicht natürlich bei weitem noch nicht aus. Schon jetzt stehen nämlich auch wieder neue Vorgaben etwa zur Industriebeschleunigung und „Made in Europe“ ins Haus, die die Kommunen erneut erheblich belasten werden. Umso wichtiger ist es deshalb, dass wir mit unserem DLT-Europabüro in Brüssel, das wir jetzt auch noch einmal personell gezielt weiter verstärken wollen, sehr gut aufgestellt sind.

Ein weiteres eigenes Forum haben wir gestern der Digitalisierung gewidmet. Dort liegt mit Sicherheit ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft. Aber: Auch die Digitalisierung ist kein Zauberstab. Deshalb müssen wir - ceterum censeo - zuallererst die Rechtsgrundlagen vereinfachen, Standards vereinheitlichen, Schnittstellen schaffen,

Daten nutzbar machen und - ganz wichtig - sinnlose Mehrfachabfragen vermeiden. Im Grunde ist das also Entbürokratisierung pur.

Und: Digitalisierung bedeutet nicht automatisch Zentralisierung, sondern sie bietet gerade umgekehrt sogar neue Chancen für die Dezentralität. Einheitliche Standards ja. Interoperabilität ja. Gemeinsame Basisdienste ja. Sichere Identitäten ja. Das Ganze dann aber bitte nur im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Das ist nämlich kein analoges Relikt, das im Zuge der Digitalisierung gleich elegant mitentsorgt werden könnte. Zentral bereitgestellte Lösungen dürfen deshalb keinesfalls zu einer zentralen Steuerung durch die Hintertür führen. Wir sind absolut offen für gemeinsame Lösungen. Aber wir werden auch sehr genau darauf achten, ob Digitalisierung kommunale Praxis *unterstützt* oder kommunale Steuerung *ersetzen* will.

Im besucherstärksten Forum des gestrigen Tages haben wir schließlich über Zivilschutz gesprochen. Lange Zeit haben wir in Deutschland ja so getan, als seien Katastrophenschutz, Zivilschutz und Verteidigungsfähigkeit nur Themen aus irgendwelchen alten Schwarz-Weiß-Filmen. Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wissen wir aber: Das war eine gefährliche Illusion.

Auch dort stehen wir als Landkreise in einer besonderen Verantwortung. Wir koordinieren den Katastrophenschutz. Und: Vor Ort ist ein unglaubliches Wissen vorhanden: Wo kritische Infrastrukturen sind, wie vulnerable Gruppen erreicht werden können und was im Ernstfall funktioniert, was aber eben vielleicht auch nicht.

Zivilschutz erfordert aber auch klare Strukturen. Es braucht nämlich niemand glauben, dass man die Verteidigungsfähigkeit des eigenen Landes einfach kurzerhand auf die Bundeswehr wegdelegieren kann. Der alte Grundsatz „Mach Du mal, ich habe mir grad die Hände eingecremt“ funktioniert da jedenfalls sicher nicht. Deshalb brauchen wir dringend so etwas wie ein ziviles Pendant zum Operationsplan Deutschland, also eine Art zivilen OPLAN. Dort müssen dann die notwendigen personellen, technischen, infrastrukturellen und finanziellen Voraussetzungen definiert werden, um der veränderten Rolle Deutschlands als mögliches Angriffsziel sowie als zentrales Transitland für alliierte Truppen gerecht zu werden. Dazu gehört auch, dass wir kritische Infrastrukturen besser schützen - und zwar in der

gesamten Bandbreite des Spektrums, also von der Wasserversorgung bis hin zu rüstungsrelevanten Unternehmen.

Anrede,

wenn ich heute viel über Probleme gesprochen habe, dann ist das ein Stück weit einfach der derzeitigen Lage geschuldet. Trotzdem ist es mir abschließend aber wichtig, eines festzuhalten: Wir wollen ganz bestimmt nicht in Trübsal versinken. Optimismus ist Pflicht. So hat es uns schon der Philosoph Karl Popper gelehrt. Der Dramatiker Heiner Müller hat dem zwar entgegnet, Optimismus sei allenfalls ein Mangel an Information. Ganz allgemein sind wir aber sicher gut beraten, immer zuversichtlich zu bleiben. Ich selbst habe jedenfalls unglaublich viel von meinen leider schon lang verstorbenen Eltern lernen dürfen. *Eines* haben sie uns schon als Kindern dabei immer wieder ganz besonders ans Herz gelegt. Das ist der Satz: „Kopf hoch, auch wenn der Hals dreckig ist“. Genau darum geht es. Und: Jetzt sogar erst recht. Sicher: Die Probleme unserer Zeit sind komplex. Aber: sie sind keineswegs unlösbar. Und: Das ist letztlich entscheidend.

Der Bundeskanzler hat vor wenigen Wochen beim DGB gesagt (Zitat): „Wir können nicht einfach so weitermachen wie in den letzten 20 Jahren. Wir müssen bereit sein zu Veränderungen, um zu erhalten, was uns in unserem Land gemeinsam wichtig ist.“ Das ist der richtige Weg. Deutschland braucht in der Tat Mut zu Reformen. Und: Das schließt ausdrücklich auch den *Mut zur Zumutung* mit ein. Dazu bieten wir der Bundesregierung unsere uneingeschränkte Unterstützung an. Kommunale Selbstverwaltung ist nämlich kein Störfaktor, sondern kommunale Selbstverwaltung ist immer Teil der Lösung.

Dass der Bundeskanzler heute zwar leider nicht selbst zum Deutschen Landkreistag kommen kann, dafür aber durch den Chef des Bundeskanzleramts hochrangig vertreten wird, wissen wir durchaus zu schätzen. Und: Wir wollen Herrn Bundesminister Frei, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem klaren Blick nach vorne empfangen. Es ist die Chance, ihm und damit eben auch dem Bundeskanzler noch einmal sehr

deutlich zu machen, was wir von der Politik erwarten, was wir von ihr aber *insbesondere jetzt* auch ganz dringend *brauchen*.

Halten wir es dabei am besten mit einer der großen Heldinnen meiner eigenen Kindheit. Das war die unsterbliche Figur der Pippi Langstrumpf. Astrid Lindgren hat uns dieses Mädchen mit den unzähligen Sommersprossen, den roten Haaren und den abstehenden Zöpfen, aber auch ihren geradezu übersinnlichen Kräften geschenkt. Ich selbst habe vor einiger Zeit eher zufällig wieder einmal ein Pippi Langstrumpf-Buch in Händen gehabt und mich dann regelrecht darin festgelesen. Ich kann das als Lektüre nur empfehlen. Mit den Augen eines Erwachsenen betrachtet ist das nämlich in der Tat weit mehr als „nur“ ein Kinderbuch. Astrid Lindgren war einfach eine geniale Schriftstellerin.

An einer Stelle gibt es dort einen wunderbaren Dialog zwischen Pippi und ihren beiden Freunden Tommy und Annika. Tommy und Annika blicken dabei sorgenvoll zum Himmel und sagen: „Der Sturm wird immer stärker“. Darauf Pippi Langstrumpf: „Macht nichts. Ich auch“. Diese Grundeinstellung wünsche ich uns auch. Wer die Herausforderungen der Zukunft angehen will, kann das nämlich nicht im Geist der Verzagtheit und Angst tun, sondern immer nur mit dem *zuversichtlichen* Blick nach vorne und dem Vertrauen in das, was wir gemeinsam erreichen können, *wenn wir zusammenstehen*.

Ich bedanke mich bei unserem neuen Geschäftsführenden Präsidialmitglied Dr. Kay Ruge, seinem langjährigen Vorgänger Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, sowie beim gesamten Team unserer Hauptgeschäftsstelle in Berlin und im DLT-Europabüro in Brüssel für die exzellente Arbeit das gesamte Jahr über und bei Ihnen allen für Ihre geduldige Aufmerksamkeit.